

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

69. Sitzung des Hauptausschusses - Haushaltsberatung

Sitzungstermin:	Dienstag, 13.09.2022	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	19:32 Uhr	
Sitzungsort:	Drägerforum, Finkenberg 33, 23558 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Peter Petereit - SPD Fraktionsvorsitzender		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Oliver Prieur - CDU Fraktionsvorsitzender		
Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		ab 16:35 Uhr
Sabine Haltern - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
David Jenniches - AfD Fraktionsvorsitzender		
Ulrich Krause - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Lars Lehrke - Die Unabhängigen		
Dr. Marek Lengen - SPD		
Christopher Lötsch - CDU		
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Thomas Rathcke - FDP Fraktionsvorsitzender		
Peter Reinhardt - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Bernhard Simon - CDU		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Lothar Möller - BfL Fraktionsvorsitzender		
Beiratsmitglieder		
Bruno Böhm - Seniorenbeirat		öffentl. Teil bis TOP 10 / 19:19 Uhr
Verwaltung		
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister		
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung		
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung		

Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Sebastian Ziemann - 1.300 Recht	
Nicholas Benz - FBC FB 5	bis 18:34 Uhr
Daniel Blank - FBC FB 2	öffentl. Teil bis TOP 10 / 19:19 Uhr
Dennis Bössow - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Marion Höfs - FBC FB 4	bis 18:30 Uhr
Ronny Hopp - FBC FB 1	bis 18:30 Uhr
Thomas Manke - Strategie und Innovation	öffentl. Teil bis TOP 10 / 19:19 Uhr
Annika Neuwirth - 1.201 Haushalt und Steuerung	öffentl. Teil bis TOP 10 / 19:19 Uhr
Petra Poltrock - FBC FB 3	bis 18:30 Uhr
Markus Toll - FBC FB 5	bis 18:30 Uhr
Manfred Uhlig - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Aiko Wagner - FBC FB 4	bis 18:34 Uhr
Protokollführung	
Nadine Markmann - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Sonstige Personen	
VertreterInnen der Presse -	öffentl. Teil bis TOP 10 / 19:19 Uhr
Zuhörerinnen und Zuhörer -	öffentl. Teil bis TOP 10 / 19:19 Uhr
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	- entschuldigt -
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Michelle Akyurt - Fraktion Vielfalt Fraktionsvorsitzende	- entschuldigt -
Wolfgang Neskovic - Fraktion 21 Fraktionsvorsitzender	- entschuldigt -
Verwaltung	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.08.2022	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.08.2022	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Aktuelle Lage Coronavirus (Sen. Steinrücke)	
3.2	Aktuelle Lage Ukraine (Bgm)	
3.3	Aktuelle Lage Energieeinsparungen (Bgm)	
3.4	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Berücksichtigung Masterplan Klimaschutz (MAKS) im Haushaltsentwurf 2023	VO/2022/11420
3.4.1	Antwort auf die Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) gemäß §16GO: Berücksichtigung Masterplan Klimaschutz (MAKS) im Haushaltsentwurf 2023	VO/2022/11420-01
3.5	Anfrage von AM Oliver Prieur (CDU): Umsatzsteuer auf bestimmt kommunale Leistungen	VO/2022/11423
3.6	AM Dr. Axel Flasbarth u. AM André Kleyer (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Reduzierung von Kita-Beiträgen in Lübeck	VO/2022/11437
4	Berichte	
4.1	2. Zwischenbericht zum Produkthaushaltsplan 2022	VO/2022/11412
4.2	Umsetzungsstand der durch die Bürgerschaft beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen	VO/2022/11381
4.3	Zwischenstandsbericht Jugendverkehrsschule	VO/2022/11129
4.4	Jugendtreff auf Marli	VO/2022/11130
4.5	Abschlussbericht zur Evaluation der Streetwork	VO/2022/11131
4.6	Radweg Travemünde - Warnsdorf; Radweg Puppenbrücke	VO/2022/11341
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Haushalt 2023	VO/2022/11299

5.2	Haushaltspläne der Stiftungen HdJ-HGH-JJK-WS-KOD-LW-VT-LA für das Haushaltsjahr 2023	VO/2022/11262
5.3	Wirtschaftsplan 2023 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde	VO/2022/11134
5.4	Wirtschaftsplan der EBL 2023	VO/2022/11315
5.5	Haushaltsplan der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr 2023	VO/2022/11294
5.6	Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnen-Einrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2021	VO/2022/11364
5.7	Änderung der im Generalpachtvertrag festgesetzten Pacht- höhe zum 01.11.2022	VO/2022/11133
5.8	Machbarkeitsstudie 2. Anbindung Travemünde	VO/2022/11168
5.9	3. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Ent- wässerungssatzung der Hansestadt Lübeck	VO/2022/11313
5.10	1. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungs- und Stra- ßenreinigungsgebührensatzung der Hansestadt Lübeck vom 02.12.2020 und des dazugehörigen Straßenverzeich- nisses	VO/2022/11314
5.11	2. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lü- beck über die Erhebung von Gebühren für die öffentliche Abfallwirtschaft in der Hansestadt Lübeck	VO/2022/11361
5.12	Konzept zur Neu-Aufstellung der Erinnerungskultur in Lü- beck	9/07965-01-01-02
5.13	Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) für die Produkte Entgel- termäßigung Kindertagesbetreuung, Tagespflege und Pla- nung und Bezuschussung KiTa	VO/2022/11344
5.14	Weiterentwicklung der offenen Kinder- und Jugendarbeit auf Marli	VO/2022/11132
5.15	Projektfreigabe Breite Straße in der Hansestadt Lübeck 2023 - investiv	VO/2022/11072
5.16	Projektfreigabe: "Ertüchtigung Einleitstellen - Vorderreihe" in HL-Travemünde	VO/2022/11395
5.17	Fortführung der Maßnahme Ersatzbeschaffung Klappschute T11 und Z2	VO/2022/11304
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Einführung einer Bettensteu-	VO/2022/11237

	er/Kulturabgabe	
6.2	FDP: Prozess der Aufgabenkritik wieder aufnehmen	VO/2022/11326
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): ÄA zu VO/2022/10980 Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge	VO/2022/10980-04
7.2	AM Pluschkell (SPD) + Lötsch (CDU): Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge	VO/2022/10980-06
7.3	FREIE WÄHLER & GAL: Betrieb einer Eisbahn durch die Stadtwerke Lübeck GmbH	VO/2022/11403
7.4	AM Birte Duggen u. AM Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Energie sparen in Lübeck	VO/2022/11427
8	Gleichstellung	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	
16.1	Abstimmung zur Vorlage unter TOP 5.6: Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2021	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Streitfall der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Für die heutige Sitzung ist die Beratung zum konsumtiven Teil des Haushalts vorgesehen. Die Beratungen zum investiven Teil erfolgen in der morgigen gemeinsamen Sitzung mit dem Bauausschuss.

Der Vorsitzende unterbreitet in diesem Zusammenhang den Vorschlag, die Beratung des TOP 5.1/Haushalt vorzuziehen und direkt im Anschluss nach TOP 2 vorzunehmen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig dem Verfahrensvorschlag zu.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

NEU TOP 3.4.1/VO 11420-01 Antwort auf die Anfrage von AM Dr. Flasbarth: Berücksichtigung Masterplan Klimaschutz (MAKS) im Haushaltsentwurf 2023

NEU TOP 3.6/VO 11437 Anfrage AM Dr. Axel Flasbarth/AM André Kleyer: Reduzierung von Kita-Beiträgen in Lübeck

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der Standard-TOP zur Coronalage zukünftig nur noch jede zweite Sitzung oder bei Bedarf wieder auf die Tagesordnung genommen wird.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der HA in seiner letzten Sitzung am 23.08.22 folgende Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst hat:

1. Der Hauptausschuss stimmt der Fortsetzung des Projektes „BW 005 Mühlentorbrücke, Bau einer Behelfsbrücke“ mit Mehrkosten in Höhe von 440.000 Euro zu.
2. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Baumaßnahme „Fahrbahnsanierung der Geniner Straße“ mit Mehrkosten von 252.000,00 EUR fortzusetzen.
3. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Baumaßnahme „grundhafte Fahrbahnsanierung des Moltkeplatzes“ mit größerem Umfang und damit verbundenen Mehrkosten von 845.000,00 EUR fortzusetzen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass zu den Vorlagen unter den Tagesordnungspunkten 4.6, 5.8 und 5.15 noch die Beratung in den Fachausschüssen ausstehe und beantragt daher die Vertagung der Beratung zu diesen Tagesordnungspunkten und lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Vertagung der Beratung zu TOP 4.6, 5.8 und 5.15 zu.

Zu TOP 6.1 kündigt der Vorsitzende an, dass hierzu in der gestrigen Sitzung des Wirtschaftsausschusses eine Umformulierung in einen Prüfauftrag erfolgt sei.

Frau Senatorin Hagen weist darauf hin, dass zu den Tagesordnungspunkten 7.1 und 7.2 noch eine Beratung im Bauausschuss ausstehe.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung der Beratung zu TOP 7.1 und TOP 7.2 und lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Vertagung der Beratung zu TOP 7.1 und 7.2 zu.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

AM Duggen bittet um eine Begründung für die vorgesehene nichtöffentliche Beratung der Vorlage unter TOP 14.1.

Es spricht AM Lengen.

Herr Bürgermeister Lindenau gibt eine Begründung für die vorgesehene nichtöffentliche Beratung.

AM Dr. Flasbarth unterbreitet den Vorschlag der Splittung der Beratung in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil.

Es spricht erneut Herr Bürgermeister Lindenau.

Der Vorsitzende lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.2 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.2 zu.

Der Vorsitzende teilt mit, dass gem. § 39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist.

Der Bürgermeister hat um die Teilnahme von

- Herrn Groth, Bereichsleitung Bürgermeisterkanzlei
 - Herrn Uhlig, Bereichsleitung Haushalt und Steuerung
 - Herrn Beyer, Bereich Haushalt und Steuerung
- gebeten.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Teilnahme von Herrn Groth, Herrn Uhlig und Herrn Beyer am nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Tagesordnung zu.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.08.2022

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.08.2022

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Aktuelle Lage Coronavirus (Sen. Steinrücke)

Herr Bürgermeister Lindenau gibt einen Überblick über die aktuelle Lage Coronavirus. Der 7-Tage-Inzidenzwert liege in Lübeck bei etwas über 200. Sorge bestehe über die Verschärfung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht bedingt durch eine Änderung in der Definition des Status „vollständig geimpft“. Vor dem Hintergrund der überarbeiteten Vorgaben des Landes erfolgen regelmäßige Begehungen der Testzentren. Beanstandungen konnten bisher nicht festgestellt werden, sondern vielmehr eine gute Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 3.2 Aktuelle Lage Ukraine (Bgm)

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass in den nächsten Monaten mit steigenden Zuweisungszahlen zu rechnen sei.

Das Land sei bemüht zusätzliche Kapazitäten aufzubauen, bat aber auch die Kommunen um entsprechende Erhöhung ihrer Kapazitäten. Es können nicht ausgeschlossen werden, dass auch wieder Notunterkünfte ausgeweitet werden müssen. Gegenwärtig seien noch circa 100 Personen in Notunterkünften untergebracht. Eine Vorlaufzeit der Zuweisungen von mehr als zwei Tagen wurde zugesichert.

Eine verlässliche Datenbasis, wie viele Geflüchtete in welchen Bereichen des Landes untergebracht seien, gebe es gegenwärtig nicht. Die Zahlen des Landes weichen deutlich von den Zahlen ab, welche durch die Kommunen selbst erfasst wurden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.3 Aktuelle Lage Energieeinsparungen (Bgm)

Bezugnehmend auf den vorgestellten umfangreichen Maßnahmenkatalog zu Energieeinsparmaßnahmen auf kommunaler Ebene teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass nach erfolgter Prüfung von einer Änderung der Dienstvereinbarung „Flexible Arbeitszeiten“ abgesehen werde, da der Effekt der Energieeinsparungen in keinem positiven Verhältnis mit dem Aufwand stehe. Die Umsetzung der weiteren vorgestellten Maßnahmen finde statt.

Darüber hinaus teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass er mit den Stadtwerken dahingehend übereingekommen sei, dass eine Umsetzung des Eisvergnügen auf dem Marktplatz nicht erfolge. Alternative Veranstaltungen werden mit den Stadtwerken demnächst erörtert. Ebenso werde von der Umsetzung der Eisbahn auf dem Kinderweihnachtsmarkt abgesehen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.4 AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Berücksichtigung Masterplan Klimaschutz (MAKS) im Haushaltsentwurf 2023

**zu 3.4.1 Antwort auf die Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) gemäß §16GO: Berücksichtigung Masterplan Klimaschutz (MAKS) im Haushaltsentwurf 2023
Vorlage: VO/2022/11420-01**

Auf Nachfrage des AM Dr. Flasbarth insbesondere hinsichtlich der Höhe der bereits erzielten Klimaeinsparungen verweist Herr Senator Hinsen auf eine hierzu vorgestellte Präsentation im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung. Herr Senator Hinsen sagt zu, die Präsentation zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.5 Anfrage von AM Oliver Prieur (CDU): Umsatzsteuer auf bestimmt kommunale Leistungen
Vorlage: VO/2022/11423**

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.6 AM Dr. Axel Flasbarth u. AM André Kleyer (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Reduzierung von Kita-Beiträgen in Lübeck
Vorlage: VO/2022/11437**

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4 Berichte

**zu 4.1 2. Zwischenbericht zum Produkthaushaltsplan 2022
Vorlage: VO/2022/11412**

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.2 Umsetzungsstand der durch die Bürgerschaft beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: VO/2022/11381**

Es sprechen – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen - AM Dr. Flasbarth, Herr Bürgermeister Lindenau und Herr Uhlig zu den Einsparungen bei den IT-Maßnahmen, sowie zu freiwilligen Leistungen als Konsolidierungskommune.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.3 Zwischenstandsbericht Jugendverkehrsschule
Vorlage: VO/2022/11129**

Herr Bürgermeister Lindenau informiert darüber, dass vor dem Hintergrund der länger andauernden politischen Beratungen eine Vergabe der Bauleistungen im Herbst nicht mehr sichergestellt werden könne und es folglich zu einer Verzögerung der Umsetzung kommen könne.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	x
	Vertagung Ohne Votum	

**zu 4.4 Jugendtreff auf Marli
Vorlage: VO/2022/11130**

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	x
	Vertagung Ohne Votum	

**zu 4.5 Abschlussbericht zur Evaluation der Streetwork
Vorlage: VO/2022/11131**

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
Enthaltungen		

	Kennntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.6	Radweg Travemünde - Warnsdorf; Radweg Puppenbrücke Vorlage: VO/2022/11341
---------------	--

- die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –

zu 5	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 5.1	Haushalt 2023 Vorlage: VO/2022/11299
---------------	---

- die Beratung zu diesem TOP erfolgt im Anschluss an TOP 2 –

Der Vorsitzende erläutert den Ablauf der Haushaltsberatung. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses erfolge die Beratung zum konsumtiven Teil.

Herr Uhlig stellt die wesentlichen Aspekte des Haushaltentwurfes anhand einer ppt.-Präsentation wie folgt vor:

1. *Vorstellung des Haushaltentwurfes zum gesamtstädtischen Teil*

Herr Uhlig gibt zunächst einen Überblick zum gesamtstädtischen teil und eröffnet anschließend die Fragerunde zum Gesamthaushalt.

2. *Fragen zum Gesamthaushalt:*

AM Rathcke spricht zur steigenden Entwicklung des Personalbestandes. Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass die zusätzlichen Stellen für die Erfüllung gesetzlicher Aufgaben erforderlich seien.

AM Rathcke merkt an, dass die Stadt Rostock mit deutlich weniger Personal auskomme. Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass die u.a. auf die unterschiedlichen Strukturen und Anforderungen, wie zum Beispiel durch die Ausgliederung von Aufgaben zurückzuführen sei.

AM Dr. Flasbarth bittet um Prüfung und Darlegung, warum die Stadt Rostock mit deutlich weniger Personalstellen auskomme.

Auf Nachfrage von Herrn Schaafberg betreffend die Besetzung von Stellen führt Herr Uhlig erläuternd aus, dass davon ausgegangen werde, dass keine sofortige Besetzung von neuen Stelen erfolge und daher die Finanzen für diese nur für ein halbes Jahr geordnet werden.

Auf Nachfrage des AM Dr. Flasbarth betreffend flexibler Deskbords verweist Herr Bürgermeister Lindenau auf ein Pilotprojekt, weist jedoch auch auf vorhandene Grenzen, wie zum

Beispiel durch Datenschutzanforderungen, erforderliche Personalratszustimmung, IT-technische Anforderungen und spezielle Möblierungen hin.

3. *Fachbereichsweise Fortführung der Präsentation durch Herrn Uhlig*

a) Finanzen des Fachbereichs Bürgermeister:

Fragen/Wortmeldungen der Anwesenden zu den Finanzen des Fachbereiches 1:

Auf Nachfrage des AM Prieur betreffend die Budgeterhöhung für die Verwaltungsleitung führen Herr Uhlig und Herr Bürgermeister Lindenau erläuternd aus, dass diese vorrangig auf interne Umstrukturierungen zurückzuführen seien. AM Prieur bittet um Erhalt einer Aufstellung, aus welcher sich die Gründe für die Budgetsteigerung ergeben.

Auf Nachfrage führt Herr Bürgermeister Lindenau im Weiteren aus, dass eine Open-Source-Nutzung derzeit insbesondere aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht erfolge.

Auf Nachfrage des AM Dr. Flasbarth, wie viele der Stellen bei der Informationstechnik den Aufgabenbereich Smart City betreffen, führt Herr Uhlig erläuternd aus, dass sieben Stellen für Smart City vorgesehen seien, fünf weitere Stellen betreffen die Organisation der Technik im Bereich Informationstechnik. AM Dr. Flasbarth bittet zudem um eine transparente Darstellung der im Rahmen von „Smart City“ bereits getätigten Investitionen. Herr Bürgermeister Lindenau sagt die Erstellung einer Übersicht zu den bisher eingeworbenen und ausgegebenen Fördermitteln zu.

Auf Nachfrage des AM Rathcke zu den Entlastungen in den einzelnen Fachbereichen durch die vorgenommene Zentralisierung von Lizenzen von den jeweiligen Bereichen hin zum Bereich Informationstechnik, verweist Herr Bürgermeister Lindenau auf die Budgetübersicht.

AM Dr. Flasbarth nimmt Bezug auf Shared-Desk-Arbeitsmodelle in den Landesministerien. Herr Bürgermeister Lindenau führt daraufhin erläuternd aus, dass in der Stadtverwaltung tendenziell von Einzelbüros hin zu Büros mit mehreren Arbeitsplätzen umgesteuert werden. Darüber hinaus seien Multifunktionsflächen eingerichtet. Allerdings sei eine Umsetzung solcher Arbeitsplatzvarianten nicht in allen Bereichen möglich, unter anderem im Gesundheitsamt. Zudem finden Shared-Desk-Arbeitsplätze eine geringe Akzeptanz bei den Personalräten und setzen hohe Investitionen voraus. Daher werde derzeit verstärkt das Thema Homeoffice umgesetzt.

b) Fachbereich 2:

Fragen/Wortmeldungen der Anwesenden zu den Finanzen des Fachbereiches 2:

Auf Nachfrage des AM Dr. Flasbarth zum Hintergrund der in der Kernverwaltung abgebildeten zwei Stellen für die Senior:innen-Einrichtungen führt Herr Uhlig erläuternd aus, dass diese mit der Aufgabe der strategischen Steuerung betraut seien.

AM Dr. Flasbarth bittet zudem um Mitteilung, wo im Haushalt die Kosten für die Planung von neuen Gebäuden der Senior:innen-Einrichtungen abgebildet seien. Die Nachlieferung einer Antwort wird zugesagt.

c) Fachbereich 3:

Fragen/Wortmeldungen der Anwesenden zu den Finanzen des Fachbereiches 3:

Auf Nachfrage des AM Simon betreffen die Rückstände bei den Abrechnungen des Rettungsdienstes erläutert Herr Senator Hinszen die Hintergründe hierfür, insbesondere weshalb derzeit noch eine manuelle Erfassung erfolge. Bis Ende des Jahres werde eine signifikante

Verbesserung erwartet. Herr Uhlig führt zudem aus, dass die entsprechenden Erträge in dem jeweiligen Jahr veranschlagt wurden.

d) Fachbereich 4:

Fragen/Wortmeldungen der Anwesenden zu den Finanzen des Fachbereiches 4:

AM Prieur verweist darauf, dass die Grafik zu den Zuschussbudgets beim Controlling des Fachbereiches den größten Anteil aufweise und bittet um Erläuterung hierzu. Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass es sich hierbei vermutlich um den Zuschuss für die MUK handle. Eine genaue Klärung wird zugesagt.

Auf Nachfrage des AM Dr. Flasbarth betreffend den stark steigenden Aufwand bei der Kitafinanzierung teilt Frau Senatorin Frank mit, dass derzeit noch in der Ausbausituation erfolge. Die Anteile für die Ausbausituation seien vollständig durch die Kommune zu tragen.

e) Fachbereich 5:

Fragen/Wortmeldungen der Anwesenden zu den Finanzen des Fachbereiches 5:

AM Simon bittet um Mitteilung, welchen prozentualen Anteil die dargestellten 4,5 Millionen Euro Mehrkosten für Energie bezogen auf 2022 ausmachen. Herr Uhlig teilt zu einem späteren Zeitpunkt der Sitzung hierzu mit, dass dies Mehrkosten in Höhe von 57,8% seien.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Uhlig für die Präsentation des Haushaltentwurfes 2023.

Der Vorsitzende unterbreitet den Vorschlag, die Vorlage ohne Votum passieren an die Bürgerschaft zu lassen.

Anmerkung zu Protokoll:

Eine Übersicht mit den zur Beantwortung offen gebliebenen Fragen und den zwischenzeitlich vorliegenden Antworten ist der Niederschrift zu diesem TOP als Anlage beigefügt.

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan 2023, bestehend aus

dem Vorbericht	Anlage 1
den Ergebnis- und Finanzplänen gesamt und je Produkt	Anlage 2
dem Stellenplan sowie	Anlage 3
dem Beteiligungsbericht	Anlage 4

wird beschlossen.

2. Die den Haushaltsanmeldungen zugrundeliegenden Maßnahmen aus den städtischen Budgetübersichten Anlage 5

werden zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2023 vorgesehenen Aufwandskürzungen und damit verbundenen Minderauszahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.

3. Ergänzend werden der Abschluss der Maßnahmen zur Haushalts-

konsolidierung in Erfüllung der städtischen Obliegenheit aus dem mit dem Land Schleswig-Holstein geschlossenen Konsolidierungsvertrag und weitere Konsolidierungsmaßnahmen Anlage 6a
Anlage 6b

wie auch die Durchführungsbestimmungen zum Haushalt Anlage 7

beschlossen.

4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, bis zu einem Betrag von 120 Mio. EUR Kassenkredite mit einer Laufzeit über das Haushaltsjahr hinaus aufzunehmen. Die maximale Laufzeit dieser Kassenkredite ist auf das Ende der mittelfristigen Finanzplanung zu begrenzen.

5. Aufgrund der §§ 77ff der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 wird

- | | | |
|----|---|--|
| 1. | im Ergebnisplan mit
einem Gesamtbetrag der Erträge auf
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf
einen Jahresüberschuss von
einen Jahresfehlbetrag von | 1.034.539.800 EUR
1.032.716.400 EUR
1.823.400 EUR |
| 2. | im Finanzplan mit
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender
Verwaltungstätigkeit auf
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender
Verwaltungstätigkeit auf
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus
Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus
Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 995.440.800 EUR
963.723.200 EUR
155.060.600 EUR
189.481.200 EUR |

festgesetzt.

(Stand: 15.08.2022)

§ 2

Es werden festgesetzt:

- | | | |
|----|---|-----------------|
| 1. | der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen
und Investitionsförderungsmaßnahmen | 68.000.300 EUR |
| 2. | der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen | 59.535.000 EUR |
| 3. | der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 295.000.000 EUR |
| 4. | die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf | 4.077,208 |

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	400 %
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	500 %
2.	Gewerbsteuer	450 %

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 82 Abs. 1 oder § 84 Abs. 1 GO erteilen kann, beträgt 250.000 EUR. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2023 auf 50 Mio. EUR festgesetzt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

(Ende des Satzungstextes)

Stellenplan

Der Stellenplan 2022 (3.949,246 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2023 um die sich aus der

Anlage 3

ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023 festgesetzt: 4.077,208 Planstellen.

Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil: (nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

zu 5.2 Haushaltspläne der Stiftungen HdJ-HGH-JJK-WS-KOD-LW-VT-LA für das

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein werden die Haushaltspläne für das **Haushaltsjahr 2023** wie folgt festgesetzt:

1. für die Stiftung Haus der Jugend

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	71.900	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	71.900	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	0	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	3.400	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.700	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR

2. für die Stiftung Heiligen-Geist-Hospital

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	1.501.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	2.074.300	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	573.100	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.393.000	EUR

einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.575.400	EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	10.100	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	29.500	EUR

II.

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	1	Stelle

3. für die Stiftung St.-Johannis-Jungfrauenkloster

I.

1. im Ergebnisplan mit		
einem Gesamtbetrag der Erträge auf	286.000	EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	494.700	EUR
einen Jahresüberschuss von	0	EUR
einen Jahresfehlbetrag von	208.700	EUR
2. im Finanzplan mit		
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	285.900	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	493.200	EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	100	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	4.300	EUR

II.

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	1	Stelle

4. für die Westerauer Stiftung

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	22.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	23.600	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	1.400	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	22.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	23.600	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR

5. für die Stiftung Kriegsopferdank

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	600.800	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	808.600	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	207.800	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	600.300	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	717.400	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	300	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	115.700	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR

3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 0 EUR

6. für die Stiftung Lübecker Wohnstifte

I.

1. im Ergebnisplan mit
einem Gesamtbetrag der Erträge auf 229.600 EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 213.000 EUR
einen Jahresüberschuss von 16.600 EUR
einen Jahresfehlbetrag von 0 EUR

2. im Finanzplan mit
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 229.600 EUR

einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 183.400 EUR

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf 30.700 EUR

einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf 16.600 EUR

II.

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 0 EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf 0 EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 0 EUR

7. für die Stiftung Vereinigte Testamente

I.

1. im Ergebnisplan mit
einem Gesamtbetrag der Erträge auf 16.033.700 EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 10.972.000 EUR
einen Jahresüberschuss von 5.061.700 EUR
einen Jahresfehlbetrag von 0 EUR

2. im Finanzplan mit
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 9.628.900 EUR

einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 2.427.200 EUR

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstä-

tigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	6.329.200	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	3.238.400	EUR

II.

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR

8. für die Stiftung Lübecker Altstadt

I.

1. im Ergebnisplan mit		
einem Gesamtbetrag der Erträge auf	1.900	EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	2.200	EUR
einen Jahresüberschuss von	0	EUR
einen Jahresfehlbetrag von	300	EUR
2. im Finanzplan mit		
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.900	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	900	EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0	EUR

II.

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.3 Wirtschaftsplan 2023 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde
Vorlage: VO/2022/11134**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Aufgrund des § 5 Abs. 1 Nr. 5 der Eigenbetriebsverordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung wird durch die Bürgerschaft per Beschluss der Wirtschaftsplan für den Kurbetrieb Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2023 gemäß Anlage festgestellt :

1. Es betragen

1.1 Im Erfolgsplan		
die Erträge	Euro	4.020.000
die Aufwendungen	Euro	5.470.000
die Verlustzuweisung	Euro	1.450.000

1.2 Im Vermögensplan		
die Einzahlungen	Euro	1.445.000
die Auszahlungen	Euro	1.445.000

2. Es werden festgesetzt:

2.1 der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionsförderungsmaßnahme auf	Euro	0
--	-------------	----------

2.2 der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	Euro	0
--	-------------	----------

2.3 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	Euro	900.000
---	-------------	----------------

	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.4 Wirtschaftsplan der EBL 2023 Vorlage: VO/2022/11315
--

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Für den Wirtschaftsplan 2023 der Entsorgungsbetriebe Lübeck werden festgesetzt:

1.1 in der Erfolgsübersicht	die Erträge	123.596.812,00
	die Aufwendungen	108.957.238,00
	das Jahresergebnis	14.639.574,00
1.2 im Vermögensplan	die Einnahmen	64.764.877,00
	die Ausgaben	64.764.877,00
1.3 der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		27.346.028,00
1.4 der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen		40.851.000,00
1.5 der Höchstbetrag der Kassenkredite		15.000.000,00

2. Die Stellenübersicht wird als Bestandteil des Wirtschaftsplanes 2023 festgestellt.
Sie ist dieser Vorlage in zusammengefasster Form beigelegt.

3. Der Wirtschaftsplan und seine Bestandteile werden zur Kenntnis genommen.

- Vorbericht
- Erfolgsplan
- Erfolgsübersicht
- Vermögensplan
- Finanzplan
- Investitionsplan
- Frauenförderplan

Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	

als Empfehlung an die Bürgerschaft	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.5 Haushaltsplan der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr
2023
Vorlage: VO/2022/11294**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird der Haushaltsplan der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck für das Haushaltsjahr 2023 wie folgt festgesetzt:

Im Ergebnisplan mit

- einem Gesamtbetrag der Erträge von **3.030.000 €**
- einem Gesamtbetrag der Aufwendungen von **3.030.000 €**
- einem Jahresüberschuss/ Fehlbetrag von **0 €**

im Finanzplan mit

- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von **2.865.000 €**
- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von **2.822.900 €**
- einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit **0 €**
- einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitions- und Finanzstätigkeit **12.100 €**

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.6 Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2021
Vorlage: VO/2022/11364

AM Rathcke spricht zu ausstehenden Forderungen der Senior:innenEinrichtungen, welche aus dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes hervorgehen. Der Vorsitzende weist drauf hin, dass zu Berichten des Rechnungsprüfungsamtes nichtöffentlich zu beraten sei

Es spricht AM Dr. Flasbarth.

Herr Bürgermeister Lindenau appelliert daran, dass Mitglieder des Hauptausschusses und der Bürgerschaft für eine entsprechende Kommunikation in der Öffentlichkeit verantwortlich seien.

Im weiteren führt Herr Bürgermeister Lindenau klarstellend aus, dass die städtischen Senior:innenEinrichtungen nicht die teuerste in Lübeck seien. Zudem liege die Qualität der städtischen Senior:inneneinrichtungen nach Bewertung durch die Pflegekassen ganz oben.

Für weitere Diskussionen zu diesem TOP verweist der Vorsitzende auf den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Geschäftsjahr 2021 wird mit einer Bilanzsumme von € 5.901.082,00, einem Jahresfehlbetrag von € 1.682.630,53 und einem Bilanzverlust von € 1.668.137,93 festgestellt.
2. Der Bilanzverlust 2021 in Höhe von € 1.668.137,93 ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	3
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 5.7 Änderung der im Generalpachtvertrag festgesetzten Pachthöhe zum 01.11.2022
Vorlage: VO/2022/11133

Auf Nachfrage des AM Rathcke betreffend die in der Vorlage genannten fünf Dauerbewohner führt Herr Bürgermeister Lindenau erläuternd aus, dass es sich hierbei um Bestandschutzverträge aus den 60er-Jahren handle.

Beschluss:

- 1a Die Pacht für Kleingärten im Rahmen des Generalpachtvertrages wird festgesetzt auf EUR 0,24 / qm p.a.
 - b Die für die Aufgabenerledigung des Kreisverbandes und der Kleingärtnervereine entstehenden Kosten werden pauschal in Höhe von 10% der Gesamtpacht weiterhin dauerhaft erstattet. Die Erstattung der Verwaltungskosten ist aus wichtigem Grund gem. § 314 BGB kündbar, insbesondere wenn die Mittel zweckwidrig verwandt werden oder die Bürgerschaft eine Kürzung oder Streichung der Verwaltungskostenerstattung beschließt.
 - c Für den Fall der Aufhebung der Kostenerstattung oder deren anteiliger Kürzung ist die Pacht entsprechend anteilig zu reduzieren und der Kreisverband bzw. die Vereine sind berechtigt, die wegfallende Verwaltungskostenerstattung als Zwischenpächterzuschlag bis zur zulässigen Höchstpacht zu erheben.
- 2 Das Nutzungsentgelt für die geduldeten Dauerbewohner (derzeit 5) wird wie folgt festgesetzt:
- vom 1.11.2022 bis 31.10.2023 EUR 322,00 / Monat
 - vom 1.11.2023 bis 31.10.2024 EUR 332,00 / Monat
 - vom 1.11.2024 bis 31.10.2025 EUR 342,00 / Monat
 - vom 1.11.2025 bis 31.10.2026 EUR 352,00 / Monat
 - vom 1.11.2026 bis 31.10.2027 EUR 362,00 / Monat
 - vom 1.11.2027 bis 31.10.2028 EUR 372,00 / Monat
- 3 Die Laufzeit für die Erhöhung der Pacht und des Nutzungsentgeltes beträgt 6 Jahre (01.11.2022 bis 31.10.2028). Danach werden die Pacht und das Nutzungsentgelt neu verhandelt.
- 4 Der Beschlussvorschlag gilt für die Kleingärten der Stiftung Heiligen-Geist-Hospital entsprechend.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.8 Machbarkeitsstudie 2. Anbindung Travemünde
Vorlage: VO/2022/11168

- die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –

zu 5.9 3. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der
Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2022/11313

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die 3. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung (Entwässerungsgebührensatzung) der Hansestadt Lübeck (Anlage 1) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.10 1. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung der Hansestadt Lübeck vom 02.12.2020 und des dazugehörigen Straßenverzeichnisses
Vorlage: VO/2022/11314**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung der Hansestadt Lübeck vom 02.12.2020 und das als Anlage 1a beigefügte Straßenverzeichnis werden beschlossen.

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.11 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Gebühren für die öffentliche Abfallwirtschaft in der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2022/11361**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Gebühren für die öffentliche Abfallwirtschaft in der Hansestadt Lübeck (Anlage 1) wird beschlossen.

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.12 Konzept zur Neu-Aufstellung der Erinnerungskultur in Lübeck
Vorlage: 9/07965-01-01-02**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Ausgehend von dem vorliegenden Grundlagenkonzept (Anlage 2) stimmt die Bürgerschaft auf Empfehlung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege im ersten Entwicklungsschritt ab 2023 der Einrichtung einer Stabsstelle „Erinnerungskultur“ im Fachbereich 4 Bildung und Kultur bei den Fachbereichsdiensten 4.041.4 Kulturbüro zu.
2. Zum Aufbau einer zeitgemäßen Neuausrichtung und zur dauerhaften Fortführung der Erinnerungskultur in der Hansestadt Lübeck sind Personal-Ressourcen mit insgesamt 1,5 VZÄ Planstellen (1,0 VZÄ * Wissenschaftlicher MA EG 13 ab 2023 sowie 0,5 VZÄ Verwaltungssachbearbeitung EG 9c ab 2024) und die erforderlichen Sachmittel zur Ko-Finanzierung und für digitale Vermittlungsstrategien erforderlich.
3. Aufgrund des bereits abgeschlossenen Haushaltsverfahrens 2023 wird die EG 13 Stelle interimswise für diesen Zeitraum aus dem zentralen Stellenpool der Hansestadt Lübeck zur Verfügung gestellt. Die Finanzierung der Sachkosten für 2023 erfolgt im Rahmen der laufenden Budgetbewirtschaftung. Im Rahmen des Stellenplan- und Haushaltsverfahrens 2024 werden dann die Personal- und Sachkosten geordnet und zur Verfügung gestellt (Anlage 3).
4. Diese:r Wissenschaftler:in berät, bündelt, vernetzt und koordiniert die erinnerungs-kulturellen Initiativen in der Stadt. Sie/er setzt innovative inhaltliche Impulse, regt neue Formate des Gedenkens und Zugänge zur Erinnerung an. Sie / er sichert das Engagement der heute Aktiven für die Zukunft, motiviert neue Akteur:innen und erreicht

neue Zielgruppen.

5. Für die Realisierung des Gesamtkonzepts bzw. der darin vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen inklusive digitaler Vermittlungsstrategien werden spätestens ab dem Hj. 2024 Drittmittel eingeworben werden.
6. Die Erinnerung an die Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts und die Lehren daraus benötigen eine Mitte und eine Säule. Zur Festigung der demokratischen Kultur soll daher ein für alle Lübecker:innen und Lübeck-Besucher offener Vermittlungsort in zentraler Erreichbarkeit, in Nähe zu Gedenkort, zivilgesellschaftlichen Akteuren, Politik, Kultur- und Bildungsinstitutionen eingerichtet werden. Hierzu ist durch das „Büro für Erinnerungskultur“ ein Umsetzungskonzept zu erstellen.
7. Der Bürgermeister wird gebeten, im ersten Quartal 2024 zu berichten, in welchen Schritten die vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden konnten und welche weiteren Schritte zur Entwicklung einer zeitgemäßen Erinnerungskultur nötig sind, welche finanziellen Folgewirkungen diese haben und welche Drittmittel hierfür eingeworben werden können.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.13 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) für die Produkte Entgeltermäßigung Kindertagesbetreuung, Tagespflege und Planung und Bezuschussung KiTa
Vorlage: VO/2022/11344**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

In den nachfolgend aufgeführten Produktsachkonten werden gem. § 82 Abs. 1 GO folgende zusätzliche Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2022 überplanmäßig bereitgestellt:

Produkt 361001 – Entgeltermäßigung Kindertagesbetreuung	
Mehrbedarf 5331001 – Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen	523.000 €
Deckung aus 6611001.4111000 – Steuern, allg. Zuweisungen allg. Umlagen – Schlüsselzuweisungen vom Land	523.000 €

Produkt 361003 – Kindertagespflege	
Mehrbedarf 5318001 – Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke	95.000 €
Mehrbedarf 5331001 – Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen	391.800 €
Deckung aus 4141000 – Zuw. u. Zusch. v. Land (unechte Deckung gem. § 21 GemHVO-Doppik)	301.800 €
Deckung aus 6611001.4111000 – Steuern, allg. Zuweisungen allg. Umlagen – Schlüsselzuweisungen vom Land	185.000 €

Produkt 365001 – Planung und Bezuschussung Kita	
--	--

Mehrbedarf 5318001 - Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke	8.060.100 €
Mehrbedarf 5452000 – Erstattungen an Gemeinden	170.300 €
Deckung aus 4141000 – Zuw. u. Zusch. v. Land (unechte Deckung gem. § 21 GemHVO-Doppik)	7.136.700 €
Deckung aus 4482000 – Kostenerstattungen von Gemeinden	280.800 €
Deckung aus 6611001.4111000 – Steuern, allg. Zuweisungen allg. Umlagen – Schlüsselzuweisungen vom Land	812.900 €

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.14 Weiterentwicklung der offenen Kinder- und Jugendarbeit auf Marli Vorlage: VO/2022/11132
--

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt im Anschluss an die Vorlagen Zwischenstandsbericht Jugendverkehrsschule (VO/2022/11129), Jugendtreff auf Marli (VO/2022/11130) und Abschlussbericht zur Evaluation der Streetwork (VO/2022/11131) die offene Kinder- und Jugendarbeit auf Marli weiterzuentwickeln.
2. Ein Jugendtreff am Standort Meesenring soll eingerichtet werden. Die Finanzierung von 2,0 Vollzeitstellenäquivalenten (VZÄ) für den Betrieb der Einrichtung soll hälftig aus bestehenden Personalressourcen der städtischen Jugendarbeit sowie der Streetwork erfolgen. Dazu wird der Bürgermeister beauftragt, mit dem Internationalen Bund (IB) als Träger der Streetwork die Reduzierung um 1,0 VZÄ im laufenden Budgetvertrag zu verhandeln. Der Bereich 4.513 Jugendarbeit – Jugendamt stellt 1,0 VZÄ aus bestehenden Personalressourcen bereit. Eine Haushaltsausweitung im Stellenplan findet nicht statt.
3. Die bisher geplante Jugendverkehrsschule am Standort Meesenring soll in der Nutzung um einen Jugendtreff erweitert werden. Hieraus ergibt sich eine Erhöhung des Gesamtprojektvolumens im investiven, hochbaulichen Teil von 260 TEUR auf 650 TEUR. Die investiven Kosten sowie die Fördermittel für die Hochbaumaßnahme werden für den Haushalt 2023 durch den Bereich 5.651 Gebäudemanagement haushalterisch geordnet. Die Ausstattungen / Betriebsvorrichtungen in Höhe von 50 TEUR, werden durch den Bereich 4.513 im Haushaltsverfahren 2024 geordnet.
4. Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, die Oberflächen der Jugendverkehrsschule herzurichten. Die Oberflächen und Außenanlagen der Jugendverkehrsschule sollen vollflächig saniert und umgestaltet werden. Die Kosten belaufen sich nach einer vorläufigen Kostenschätzung der KWL inkl. Baunebenkosten auf ca. 450 TEUR brutto. Die Finanzierung erfolgt aus konsumtiven Mitteln (**Die Entscheidung trifft der Hauptausschuss**).

5. Dem Jugendhilfeausschuss ist regelmäßig über den Fortschritt der Umsetzung zu berichten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.15 Projektfreigabe Breite Straße in der Hansestadt Lübeck 2023 - investiv
Vorlage: VO/2022/11072

- *die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –*

zu 5.16 Projektfreigabe: "Ertüchtigung Einleitstellen - Vorderreihe" in HL-Travemünde
Vorlage: VO/2022/11395

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Projektfreigabe für die Ertüchtigung der Einleitstellen in der Vorderreihe, Lübeck-Travemünde zu erteilen. Mit der Baumaßnahme kann begonnen werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.17 Fortführung der Maßnahme Ersatzbeschaffung Klappschute T11 und Z2
Vorlage: VO/2022/11304

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, mit der Umsetzung der Maßnahme Ersatzbeschaffung Klappschute T11 und Z2 fortzufahren.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Einführung einer Bettensteuer/Kulturabgabe
Vorlage: VO/2022/11237**

AM Krause berichtet aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses und verliest folgenden durch den Wirtschaftsausschuss formulierten Änderungsantrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Einführung einer einheitlichen Bettensteuer/Kulturabgabe im gesamten Lübecker Stadtgebiet zu prüfen. In die Prüfung ist auch die Erhebung der Bettensteuer/Kulturabgabe für Geschäftsreisenden einzubeziehen.

Die Erhebung der Kurtaxe in Travemünde müsste entfallen. Der Bürgermeister wird daher beauftragt, bei der Prüfung zu berücksichtigen, ob die an die Kurtaxe gebundenen Finanzierungen und Projekte auch nach der Einführung der Bettensteuer/Kulturabgabe weiterhin aufrecht erhalten werden können. Hierzu zählen insbesondere die Teilnahme Travemündes an der Ostseecard, die Finanzierung des Kurbetriebs Travemünde und das Mobilitätsprojekt "Unbeschwert unterwegs".

Der Bürgerschaft sind in einem Zwischenschritt rechtzeitig verschiedene Varianten der Bettensteuer/Kulturabgabe bzgl. Steuersatz und Aufkommen zur Entscheidung vorzulegen.

Der Vorsitzend lässt über den Antrag in der geänderten Fassung des Wirtschaftsausschusses abstimmen.

Beschluss:

~~Die Verwaltung wird aufgefordert, die Einführung einer einheitlichen Bettensteuer/Kulturabgabe im gesamten Lübecker Stadtgebiet zum 01.05.2023 vorzubereiten. Die Bettensteuer/Kulturabgabe soll auch für Geschäftsreisende gelten.~~

~~Die Erhebung der Kurtaxe in Travemünde entfällt dafür. Die Verwaltung wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass die an die Kurtaxe gebundenen Finanzierungen und Projekte auch nach~~

der Einführung der Bettensteuer/Kulturabgabe weiterhin aufrecht erhalten werden. Hierzu zählen insbesondere die Teilnahme Travemündes an der Ostseecard, die Finanzierung des Kurbetriebs Travemünde und das Mobilitätsprojekt "Unbeschwert unterwegs".

Der Bürgerschaft sind in einem Zwischenschritt rechtzeitig verschiedene Varianten der Bettensteuer/Kulturabgabe bzgl. Steuersatz und Aufkommen zur Entscheidung vorzulegen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Einführung einer einheitlichen Bettensteuer/Kulturabgabe im gesamten Lübecker Stadtgebiet zu prüfen. In die Prüfung ist auch die Erhebung der Bettensteuer/Kulturabgabe für Geschäftsreisenden einzubeziehen.

Die Erhebung der Kurtaxe in Travemünde müsste entfallen. Der Bürgermeister wird daher beauftragt, bei der Prüfung zu berücksichtigen, ob die an die Kurtaxe gebundenen Finanzierungen und Projekte auch nach der Einführung der Bettensteuer/Kulturabgabe weiterhin aufrecht erhalten werden können. Hierzu zählen insbesondere die Teilnahme Travemündes an der Ostseecard, die Finanzierung des Kurbetriebs Travemünde und das Mobilitätsprojekt "Unbeschwert unterwegs".

Der Bürgerschaft sind in einem Zwischenschritt rechtzeitig verschiedene Varianten der Bettensteuer/Kulturabgabe bzgl. Steuersatz und Aufkommen zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis in geänderter Fassung als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	12
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2 FDP: Prozess der Aufgabenkritik wieder aufnehmen
Vorlage: VO/2022/11326**

Es diskutieren, insbesondere zur Erwartungshaltung an eine Aufgabenkritik, – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen – Herr Bürgermeister Lindenau, Am Rathcke, AM Dr. Flasbarth und AM Prieur.

AM Dr. Flasbarth beantragt die Änderung des Antrages wie folgt: Die Sätze 1 und 2 sind zu streichen. Satz 3 habe weiterhin bestand.

Es sprechen AM Reinhardt, Am Haltern und Herr Bürgermeister Lindenau.

Der Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag des AM Dr. Flasbarth abstimmen.

**Der Hauptausschuss lehnt die Änderung des Antrages mehrheitlich
(3 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen) ab.**

Der Vorsitzende lässt sodann über den Ursprungsantrag abstimmen.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, die Aufgabenkritik als Teil der Haushaltsplanung wieder aufzunehmen, um einem weiteren Anstieg der Personalkosten entgegen zu wirken.

Ziel der Aufgabenkritik ist, dass Personalzuwächse, die durch die Übernahme neuer Aufgaben entstehen, durch die Reduktion von überkommenen Aufgaben mindestens kompensiert werden.

Der Bürgermeister möge bis zur Sitzung für die Aufstellung des Haushalts 2023 berichten, wie der Prozess der Aufgabenkritik in der Stadtverwaltung verankert wird. In der Folge soll die Berichterstattung über die Fortschritte der Aufgabenkritik im Rahmen der Haushaltsberatungen erfolgen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): ÄA zu VO/2022/10980 Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
Vorlage: VO/2022/10980-04**

- die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –

**zu 7.2 AM Pluschkell (SPD) + Lötsch (CDU): Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
Vorlage: VO/2022/10980-06**

- die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –

**zu 7.3 FREIE WÄHLER & GAL: Betrieb einer Eisbahn durch die Stadtwerke Lübeck GmbH
Vorlage: VO/2022/11403**

AM Misch zieht den Antrag zurück.

**zu 7.4 AM Birte Duggen u. AM Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN):
Energie sparen in Lübeck
Vorlage: VO/2022/11427**

Es spricht AM Dr. Flasbarth zu dem Antrag.
Herr Bürgermeister Lindenau geht auf die einzelnen Punkte des Antrages ein.
Es sprechen der Vorsitzende, AM Rathcke und AM Prieur.

Beschluss:

Als Lübecks Beitrag zur Minderung von drohenden Knappheiten bei Gas und Strom, zur Einsparung von CO₂ und Reduzierung der gestiegenen Kosten für Privat- und Unternehmenskunden, wird der Bürgermeister aufgefordert, schnellstmöglich folgende Energiesparmaßnahmen umzusetzen.

Lübecker Verwaltung

- Reduzierung Temperatur in Hallenbädern von 26 auf 24 Grad und analoge Senkung der Lufttemperatur.
- Abschalten von Raumluftkühlungsanlagen und Drosselung von mechanischen Lüftungsanlagen
- Sofortiges Austauschprogramm aller Leuchtmittel durch LED-Beleuchtung im Innenbereich (Energieeinsparung bis zu 90%) und Umrüstung von Dauerbeleuchtung mit Bewegungsmeldern, inkl. Ausstattung GMHL mit notwendigen Personalressourcen.
- Verzicht auf die Eisbahn auf dem Markt.
- Unmittelbarer Projektstart zur sukzessiven Umrüstung der Gaslaternen auf LED-Technik (Gasverbrauch entspricht dem Heizbedarf von ca. 100 Privathäusern)
- Überprüfung der Nachtabschaltung von Ampelanlagen, wenn aus Gründen der Verkehrssicherheit leistbar, und Ausbau von Induktionsschleifen.
- Reduzierung der Vorlauftemperatur von Warmwasser in Sporthallen, wo möglich.
- Verzicht auf Public Viewing Events im Freien bei der Fussball-WM in Katar.

Für weitere kurzfristige Maßnahmen: Einrichtung einer Task Force "Energiesparen" mit dediziert (teil-)freigestellten Verwaltungsmitarbeiter*innen, um Energiesparpotentiale zu identifizieren und ihre Umsetzung zu planen und zu begleiten (Vorbild z.B. Hannover, Essen). Ansatzpunkte sind u.a.:

- Reduzierung elektrischer Geräte durch Pooling, z.B. Drucker.
- Freiräumen von Heizkörpern von Möbeln und Gardinen.
- Organisatorische Begleitung, Kommunikation und Umsetzung von Verhaltensänderungen der Mitarbeiter*innen (Energiesparend Lüften, Ausschalten von Geräten, effizient Heizen etc.).
- Austausch von ineffizienten Heizkörpern

Für weitere mittelfristige Maßnahmen (Start sofort): Einführung eines strukturierten "Kommunalen Energiemanagements" zur Identifikation und Umsetzung von nicht- und gering-investiven Maßnahmen ohne Komforteinbußen bis hin zur Zertifizierung als „Kommune mit ausgezeichnetem Energiemanagement“ (Personal und z.T. auch Investitionen sind förderfähig).

Unternehmen

- Ausbau und verstärkte Unterstützung der Nachhaltigkeitsberatung ÖKOPROFIT für Analyse und Umsetzungshilfe von Energie- und CO2-Einsparpotentialen in Lübecker Unternehmen.
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Gastro" (inkl. DEHOGA, IHK, WiFö etc.) zur freiwilligen Reduzierung von Heizpilzen im Freien.uz7

Private Verbraucher*innen

- Veranstaltung einer Energiesparkonferenz (Vorbild z.B. Lüneburg).
- Durchführung einer umfangreichen Informationskampagne (Vorbild z.B. Köln).

Zudem wird der Bürgermeister aufgefordert, die Umsetzung erfolgreicher Projekte zum Energiesparen aus anderen Städten für eine Umsetzung in Lübeck zu überprüfen. Hierzu zählen z.B.

- Spielerische Energiespar-Challenges wie in Flensburg und Nürnberg
- Energiesparwettbewerbe wie in Ludwigsburg, bei den Stadtwerken München oder für Kitas und Schulen in München
- Mobiler Beratungsservice "Klimamobil" in Düsseldorf

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	2
	Nein-Stimmen	12
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils
--

Der Vorsitzende schließt um 19:19 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 19:21 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

zu 16.1 Abstimmung zur Vorlage unter TOP 5.6: Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2021

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit lässt der Vorsitzende über die Vorlage unter TOP 5.6 abstimmen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	3
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

Der Vorsitzende gibt abschließend bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Berichte und Vorlagen des Bürgermeisters behandelt wurden.

Lübeck, den 26. Oktober 2022

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Nadine Markmann
Protokollführung